



**Presseinformation - 208/03/2019**

15.03.2019  
Seite 1 von 2

## **Bundesrat beschließt Grundgesetzänderung**

**Ministerin Gebauer: Wir bringen den Digitalpakt zügig und bestmöglich an unsere Schulen im Land**

Staatskanzlei  
Pressestelle  
40190 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-1134 oder 1405  
Telefax 0211 837-1144

**Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:**

presse@stk.nrw.de  
www.land.nrw

Heute hat der Bundesrat die für den Digitalpakt nötige Grundgesetzänderung beschlossen und damit den Weg für dessen Umsetzung freige-macht. Schulministerin Yvonne Gebauer: „Die Grundgesetzänderung ist wichtig und richtig. Der Digitalpakt kann endlich kommen und es gilt, diesen gemeinsam mit unseren Schulen und Schulträgern in Nordrhein-Westfalen zügig und bestmöglich zu gestalten. Dafür sind wir in Nord-rhein-Westfalen bestens vorbereitet.“

Schulministerin Yvonne Gebauer betonte, dass sie stets überzeugt war, dass eine Grundgesetzänderung der einzig politisch gangbare Weg sei: „Ich bin sehr zufrieden mit dem gefundenen Kompromiss. Bei aller Freude muss aber auch klar sein, dass das Geld des Digitalpakts nur ein Anfang sein kann. Bedenkt man beispielsweise allein die Wartungs- und Instandhaltungskosten von digitalen Endgeräten, wird schnell deut-lich, dass einmalige Anschubfinanzierungen für eine dauerhaft funktio-nierende Digitalisierung von Schulen nicht ausreichen. Wie eine dauer-hafte Lösung aussehen kann – darüber müssen Bund, Länder und Kom-munen sich in einem nächsten Schritt verständigen.“

Nachdem der Bundestag den Kompromissvorschlag des Vermittlungs-ausschusses im Februar dieses Jahres mit der erforderlichen Zweidrit-telmehrheit bestätigt hatte, stand die Grundgesetzänderung heute im Bundesrat zur Abstimmung. Mit dem erfolgten Beschluss der Länder-kammer besteht nun eine stabile und verfassungsrechtlich abgesicherte Kooperationsmöglichkeit zwischen dem Bund und den Ländern. Schul-ministerin Gebauer: „Diese Möglichkeit muss auch über den Digitalpakt hinaus genutzt werden. Damit die Digitalisierung der Schulen dauerhaft

gelingen kann, ist eine fortwährende, gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung von Nöten, an der sich auch der Bund beteiligen muss.“

Ministerin Gebauer blickt nun dem abschließenden Schritt entgegen: „Ich freue mich darauf, gemeinsam mit meinen Länderkolleginnen und -kollegen und der Bundesbildungsministerin meine Unterschrift unter den Digitalpakt zu setzen und damit der langen Wartezeit unserer Schulen ein Ende zu bereiten.“

***Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Bildung, Telefon 0211 5867-3505.***

***Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung [www.land.nrw](http://www.land.nrw)***

**[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)**